Neueste tagesaktuelle Berichte ... Interviews ... Kommentare ... Meinungen .... Textbeiträge ... Dokumente ...

Schattenblick

MA-Verlag | Elektronische Zeitung Schattenblick | Freitag, 17. Mai 2019

POLITIK / KOMMENTAR

Berlin - Israels parlamentarischer Hebel ...

(SB) - An der BDS-Kampagne scheiden sich die Geister. Wie die Sprecherin von BDS-Deutschland, Doris Ghannam, im Gespräch mit dem ARD-faktenfinder ausgeführt hat, habe die gewaltfreie Kampagne das Ziel, "die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes" zu beenden. Dies beziehe sich auf alle Gebiete, die 1967 von Israel ... *(S. 3)*

POLITIK / KOMMENTAR

Homo-, Trans- und Inter-Phobie - Machtspielfeld Sex ...

(SB) - Seit die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 17. Mai 1990 beschloß, Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel für Krankheiten zu streichen, wird an diesem Tag in aller Welt gegen Homophobie und die Diskriminierung anderer geschlechtlicher Orientierungen protestiert ... *(S. 6)*

UMWELT / MEINUNGEN

Müll - Schiebenot ...

(SB) - Fast alle Staaten der Vereinten Nationen haben ein Abkommen zur Exportbeschränkung von Plastikmüll vereinbart. Der größte Plastikmüllexporteur der Welt, die USA, gehört nicht dazu. Seitdem China keinen ... *(S. 11)*

Jemen -

US-Kriegsabsichten Nahost ...

(SB) 16. Mai 2019 - Im Dezember haben sich in Stockholm die Huthi-Rebellen, die Regierung von Interimspräsident Abd Rabbu Mansur Hadi und dessen Verbündete Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) auf eine Beilegung der Kämpfe um die Hafenstadt Hudeida am Roten Meer verständigt. Seit vergangenem Sommer hatten die Truppen Hadis, Riads und Abu Dhabis vergeblich versucht, Hudeida zu erobern, um ihre Wirtschaftsblockade der von den schiitischen Huthis kontrollierten Nordwesthälfte des Jemens einschließlich der Hauptstadt Sanaa zu vollenden, die Gegner zur Aufgabe zu zwingen und den seit März 2015 tobenden Krieg im Armenhaus Arabiens zu gewinnen. Doch dazu war die sunnitische Militärkoalition trotz waffentechnologischer Überlegenheit nicht in der Lage. Dennoch haben sich die Huthis, um die katastrophale humanitäre Situation im Jemen etwas zu verbessern, bereiterklärt, die Hafenanlage von Hudeida zu räumen und sie in die Hände von UN-Beobachtern zu geben. Auf diese Weise sollte der Verdacht der Saudis und Emirater, die Huthis bezögen entgegen eines UN-Embargos über Hudeida Rüstungsgüter aus dem Iran, entkräftet werden, so daß der Transport und die Verteilung von Nahrungsmitteln und Medikamenten durch internationale Hilfsorganisationen wieder im vollen Umfang anlaufen könnte.

Nach monatelangem Streit um die Umsetzung der Vereinbarung von Stockholm hat die Ansarullah-Bewegung - so nennen sich die Huthi-Rebellen offiziell - am 11. Mai einseitig mit der Räumung der Hafenanlage von Hudeida sowie der naheliegenden kleineren Küstenstädte Salif und Ras Issa begonnen. Am 14. Mai war die Aktion zur Zufriedenheit des UN-Sondergesandten Martin Griffiths aus Großbritannien sowie des Leiters der UN-Militärbeobachtungsmission vor Ort, des dänischen Generalleutnants Michael Anker, abgeschlossen. Es sollte daraufhin zu einer entsprechenden Deeskalationsmaßnahme der Koalitionstruppen kommen. Statt dessen haben die Huthi-Gegner die Gelegenheit genutzt, um mit schwerer Artillerie ihre Offensive zur Eroberung nicht nur der Hafenanlage von Hudeida, son-

dern auch der 600.000 Menschen zählenden, zweitgrößten Stadt des Jemens wiederaufzunehmen. Anlaß zum perfiden Angriff in Hudeida lieferte den Saudis und Emiratern eine spektakuläre Aktion, mit der wenige Stunden zuvor die Huthis das Königshaus Saud militärisch vorgeführt hatten. In den frühen Morgenstunden diese Tages griffen die Huthis in der Nähe Riads zwei Pumpstationen der saudischen Ost-West-Pipeline mit ferngesteuerten Drohnen an, die dort schwere Schäden anrichteten und zumindest für einige Stunden den Öltransport durch das wichtige Infrastrukturobjekt unterbrachen. Bei den eingesetzten Drohnen handelte es sich laut dem katarischen Nachrichtensender Al Jazeera um keine iranischen Produkte, sondern um Maschinen, welche die Huthis mit auf dem internationalen Markt frei erhältlicher Technologie selbst zusammengebastelt haben. Zudem müssen die Huthis die Drohnen per Satellit ans Ziel gesteuert haben, denn die angegriffenen Pumpstationen liegen fast 1000 Kilometer von der jemenitisch-saudischen Grenze entfernt. Daß sie dies alles geschafft haben, ohne daß die Drohnen vorher von der saudischen Luftabwehr entdeckt und abgeschossen wurden, ist eine weitere Riesenblamage für den zuständigen Verteidigungsminister und Kronprinzen Mohammed Bin Salman, der vier Jahre zuvor bekanntlich den Jemenkrieg als Demonstration seiner Herrlichkeit und seines Aufstiegs zum offiziellen Thronfolger vom Zaun brach.

Erschwerend kommt hinzu, daß der Drohnenangriff der Huthis auf die Ölpipeline zwischen Riad im Innern Saudi-Arabiens und Dschanbu am Roten Meer gerade einen Tag, nachdem unbekannte Täter im Rumpf von vier Öltankern im Golf von Oman vor der Küste der VAE jeweils ein Loch hinterlassen haben, erfolgte. Während die USA, die VAE und Saudi-Arabien den Iran für die sonderbare "Sabotageaktion" verantwortlich machten, wies Teheran den Vorwurf weit von sich und sprach statt dessen von einer "Falsche-Flagge-Operation", mittels derer Washington, Riad, Abu Dhabi und eventuell Tel Aviv den Vorwand für einen Krieg am Persischen Golf herbeireden wollten. Bereits am 5. Mai hatte US-Präsident Donald Trumps Nationaler Sicherheitsberater John Bolton den US-Flugzeugträger Abraham Lincoln sowie eine Staffel B-52-Bomber unter Hinweis auf einen vermeintlichen Anstieg iranischer Umtriebe in der Region an den Persischen Golf verlegen lassen und der Führung der Islamischen Republik mit schwerer Vergeltung gedroht, sollten die iranischen Streitkräfte oder irgendwelche "Stellvertreter" Teherans - gemeint waren die Huthis im Jemen, die schiitischen Volksmobilisierungskräfte im Irak, die palästinensische Hamas-Bewegung oder die libanesische Hisb-Allah-Miliz - Installationen der USA oder deren Verbündeten angreifen.

Bereits im April hatte die Trump-Administration die iranischen Revolutionsgarden als erste staatliche Organisation überhaupt auf die "Terrorliste" des Außenministeriums in Washington gesetzt. Dadurch ist die Gefahr der Eskalation jeder harmlosen Begegung zwischen Schnellbooten der Revolutionsgarden und Kriegsschiffen der US-Marine im Persischen Golf oder in der Straße von Hormus zu einer kriegerischen Auseinandersetzung enorm gestiegen. Daß es dazu noch nicht gekommen ist, verdankt man vermutlich der Besonnenheit der Militärkommandeure beider Seiten in diesen Gewässern. Doch um so mehr könnte nun der Jemen, wo sich Teheran und Washington seit mehr als vier Jahren indirekt beharken, zu dem Ort werden, wo die Lunte für den großen Showdown zwischen den USA und dem Iran gezündet wird.

Während also am Boden in Hudeida erneut heftig gekämpft wird, fliegt, sozusagen als weitere Reaktion auf die aufsehenerregende Drohnenaktion der Huthis bei Riad, seit zwei Tagen die saudische und emiratische Luftwaffe wieder verstärkt Angriffe gegen Ziele im Jemen. Am 16. Mai waren elf Luftangriffe in Sanaa und acht in anderen Landesteilen zu verzeichnen. Nach offiziellen Angaben versuchen Saudis und Emirater, die Werkstätten und Lager, in denen die Huthis ihre Drohnen bauen bzw. aufbewahren, zu zerstören. Hauptleidtragende ist natürlich die Zivilbevölkerung. Allein in Sanaa kamen an diesem Tag sechs Menschen ums Leben, während Dutzende durch die Explosion der Bomben und Raketen verletzt wurden.

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1670.html

POLITIK / KOMMENTAR / PROPAGANDA

Berlin - Israels parlamentarischer Hebel ...

Die BDS-Kampagne ist die erfolgreichste Kampagne für die Rechte der Palästinenser weltweit und wir wünschen uns daher, dass sie auch in Deutschland als eine Möglichkeit wahrgenommen wird, substantielle Veränderungen für die Rechte der Palästinenser voranzubringen.
Doris Ghannam (Sprecherin von BDS-Deutschland) [1]

(SB) 16. Mai 2019 - An der BDS-Kampagne scheiden sich die Geister. Wie die Sprecherin von BDS-Deutschland, Doris Ghannam, im Gespräch mit dem ARD-faktenfinder ausgeführt hat, habe die gewaltfreie Kampagne das Ziel, "die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes" zu beenden. Dies beziehe sich auf alle Gebiete, die 1967 von Israel militärisch besetzt wurden, also Westjordanland, Gazastreifen und Golan-Höhen. Man wolle erreichen, daß Israel die "Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert". Die Kampagne sei "vom Kampf gegen Apartheid in Südafrika inspiriert" worden, doch gehe es nicht um einen Vergleich. Eine Gleichsetzung dieser beiden Systeme ignoriere "deren unterschiedliche Ausgangslage und geschichtliche Entwicklung".

Kritiker werfen BDS vor, einseitig Stimmung gegen Israel zu machen. Der Kern der Kampagne ziele auf die grundsätzliche Delegitimierung Israels und stelle de facto sein Existenzrecht in Frage. Der Aufruf zum Boykott erinnere fatal an das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte und sei mithin als Vehikel antisemitischer Hetze strikt abzulehnen.

Die Abkürzung BDS steht für Boykott, Desinvestition und Sanktionen. Knapp 170 palästinensische Organisationen hatten 2005 zu einem Boykott gegen Israel aufgerufen. Sie forderten Politiker, Unternehmer, Künstler, Wissenschaftler oder Sportler dazu auf, Auftritte, Investitionen oder wissenschaftliche Kooperation abzusagen oder zu beenden. BDS ist keine feste Organisation. In den USA, Großbritannien und Skandinavien ist die Kampagne mit einer antikolonialen Ausrichtung stärker vertreten und wird von Prominenten wie Naomi Klein, Judith Butler oder auch Kate Tempest und Roger Waters unterstützt. In Deutschland hat sie aufgrund des besonderen Verhältnisses zu Israel weit weniger Einfluß und versucht, eher über kulturpolitische Aktivitäten oder im kirchlichen Bereich Fuß zu fassen.

Im Aufruf vom 9. Juli 2005 schlägt die palästinensische Zivilgesellschaft Boykott, Investitionsentzug und Sanktionen gegen Israel vor, bis es internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkomme. Die Unterzeichnenden begründen ihre Kampagne damit, daß die Annexion der palästinensischen Gebiete durch den Mauerbau und den unablässigen Ausbau jüdischer Siedlungen weiter vorangetrieben werde. Siebenundfünfzig Jahre nach der Staatsgründung Israels seien die meisten der damals vertriebenen Menschen noch immer Flüchtlinge ohne Staatszugehörigkeit. Ferner bleibe die in Israels System verwurzelte rassistische Diskriminierung seiner eigenen arabisch-palästinensischen StaatsbürgerInnen intakt.

Israel verstoße anhaltend gegen internationales Recht und habe seit 1948 Hunderte von UN-Resolutionen gegen seine koloniale und diskriminierende Politik ignoriert. Sämtliche internationalen Interventionen und Friedensbestrebungen seien nicht in der Lage gewesen, etwas daran zu ändern. Inspiriert vom Kampf gegen die Apartheid in Südafrika und im Sinne der internationalen Solidarität rufe man daher dazu auf, Druck auf den jeweiligen Staat auszuüben, um weitgreifend Boykott und Investitionsentzug gegen Israel durchzusetzen. Diese gewaltlosen Strafmaßnahmen sollten solange aufrechterhalten bleiben, bis Israel seiner Verpflichtung nachkomme, den PalästinenserInnen das unveräußerliche Recht der Selbstbestimmung zuzugestehen. [2]

Auf diesem in Deutschland seit jeher besonders umkämpften Terrain geht es darum, Antisemitismus in jeglichen Erscheinungsformen zurückzuweisen, doch zugleich Kritik an israelischer Regierungspolitik nicht zu diskreditieren und auch palästinensischen Positionen eine Stimme zu geben. Eine antikapitalistische und antiimperialistische Linke unterstützt antikoloniale und antirassistische Kämpfe jeder Couleur, ohne welcher Staatsräson auch immer den Zuschlag zu geben. Gegen Antisemitismus und gegen die Unterdrückung der PalästinenserInnen einzutreten ist für sie kein Widerspruch, sondern im Gegenteil Ausdruck derselben Positionierung gegen Herrschaft, Ausbeutung und Verfügungsgewalt.

Wenngleich der Trend seit Jahren in die Richtung weist, Kritik an der Regierung Israels per se als antisemitisch zu brandmarken, konnte man doch bislang von einer zumindest noch nicht vollständig geschlossenen Diskussion sprechen. Nun findet jedoch auf höchster Ebene deutscher Politik eine gravierende Diskursverschiebung statt, die diese Entwicklung forciert und weitreichende Folgen hat. Eine fraktionsübergreifende Koalition aus CDU, CSU, SPD, FDP und Grünen bringt eine Resolution gegen die internationale BDS-Kampagne in den Bundestag ein, die sich dem Kampf der israelischen Regierung gegen die die BDS-Kampagne nahtlos anschließt. Der Antrag "Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten - Antisemitismus bekämpfen" setzt BDS und Antisemitismus gleich.

Das deutsche Parlament unterscheidet in seiner Beschlußfassung nicht zwischen Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten und diskreditiert damit auch einen Boykott von Waren, die aus den völkerrechtlich illegalen israelischen Siedlungen stammen, indirekt als antisemitisch. Das steht grundsätzlich im Widerspruch zur UNO-Resolution 2334 vom Dezember 2016, die alle Staaten auffordert, "in ihren relevanten Beziehungen zwischen dem Hoheitsgebiet des Staates Israel und den seit 1967 besetzten Gebieten zu unterscheiden". Damit schließt sich der Bundestag der seit jeher umgesetzten Doktrin israelischer Regierungspolitik an, wonach internationales Recht keine Gültigkeit für sie habe.

Um legitime Kritik an israelischem Regierungshandeln von Antisemitismus zu unterscheiden, wollten Grüne und SPD einen einschränkenden Satz einfügen: "Der kritische Umgang mit israelischer Regierungspolitik ist von Meinungs-, Presse- und Äußerungsfreiheit geschützt und muss selbstverständlich in Deutschland genauso wie in Israel erlaubt sein." Dieser Passus wurde aber unter anderem auf Betreiben der FDP herausgestrichen. Dabei hatte diese noch im September 2018 im NRW-Landtag einen fraktionsübergreifenden Antrag gegen die BDS-Bewegung mitgetragen, in dem eine solche Abgrenzung zu legitimer Kritik hervorgehoben wurde. "Selbstverständlich muss Kritik an israelischer Regierungspolitik in Deutschland genauso wie in Israel erlaubt sein", hieß es in dem Beschluß des Düsseldorfer Landtags. "Und ebenso dürfen die berechtigten Anliegen der palästinensischen Menschen nach einem friedlichen Zusammenleben in einem eigenen Staat unterstützt werden." Mitte April brachte dann als erste die FDP-Fraktion einen Antrag gegen die BDS-Bewegung in den Bundestag ein.

Wenngleich die Fraktionsführungen den Antrag einmütig präsentierten, war das Papier vor allem innerhalb der Koalitionsfraktionen heftig umstritten. Die Initiative bei Union und SPD war von Innenpolitikern ausgegangen. Außenpolitiker beider Fraktionen hatten auf Änderungen gedrungen, konnten sich damit aber nicht durchsetzen. Auch unter deutschen Diplomaten rief die Initiative Besorgnis hervor. In den politischen Stiftungen der deutschen Parteien, die in Israel und den palästinensischen Gebieten tätig sind, fürchtet man zu Recht, daß die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in der Region schwieriger wird. Zitieren lassen wollte sich damit aber vorerst niemand - aus Sorge vor Ärger mit den Parteien, die die Stiftungen tragen, und aus Furcht, als Antisemit abgestempelt zu werden. Künftig werden Gelder entzogen, die über politische Stiftungen oder kirchliche Hilfswerke an Partnerorganisationen in Nahost gehen. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in den besetzten palästinensischen Gebieten stellt das vor erhebliche Probleme. Selbst die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung arbeitet mit den Menschenrechtlern von RCHRS zusammen, die Verbindungen zu BDS haben.

In Israel selbst regt sich Protest gegen den Bundestagsbeschluß. In einem gemeinsamen Aufruf warnen mehr als 60 jüdische und israelische Wissenschaftler davor, BDS mit Antisemitismus

gleichzusetzen. Diese Vermischung sei "inakzeptabel und eine Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Deutschland". Die Wissenschaftler betonen, daß unter ihnen sowohl Unterstützer als auch Gegner der BDS-Bewegung seien. Sie alle lehnten jedoch "die trügerische Behauptung ab, dass die BDS-Bewegung als solche antisemitisch sei", und verteidigten "das Recht jeder Person oder Organisation, sie zu unterstützen", heißt es in dem Aufruf.

Die Unterzeichner kritisieren, daß der Bundestag "der am weitesten rechts stehenden Regierung in der Geschichte Israels" helfe, "jeden Diskurs über palästinensische Rechte und jede internationale Solidarität mit den Palästinensern, die unter militärischer Besatzung und schwerer Diskriminierung leiden, zu delegitimieren". Zudem warnen die Wissenschaftler davor, die mehr als hundert palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die den BDS-Aufruf unterzeichnet haben, künftig von deutscher Förderung auszuschließen. Das würde zu einer weiteren Schwächung der gesamten palästinensischen Gesellschaft beitragen. [3]

Wenngleich sich der Bundestagsantrag zu einer Zweistaatenlösung mit einem "unabhängigen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat" bekennt, bleibt das ein inzwischen absurd anmutendes Lippenbekenntnis. Ansonsten ist von den Anliegen der PalästinenserInnen keine Rede, deren eigenständiger Staat durch israelische Regierungspolitik wie insbesondere den Siedlungsausbau längst zur Fiktion verkommen ist. Ohne Rücksicht auf die Heterogenität der BDS-Bewegung, der sich auch Menschenrechtler, Gewerkschaftler und Berufsverbände in Palästina und in Israel angeschlossen haben, erklärt sich deutsche Politik bereit, Boykottaufrufe pauschal zu ächten und die Meinungsfreiheit massiv einzuschränken. Dabei hatte nicht nur die EU, sondern auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) noch 2017 festgestellt: "Die BDS-Bewegung ist aus Sicht der Bundesregierung nicht per se antisemitisch. Daher ist es aus Sicht der Bundesregierung von der Meinungsfreiheit gedeckt, sich für BDS auszusprechen."

Die Beschlußvorlage sieht vor, "Räumlichkeiten und Einrichtungen, die unter Bundestagsverwaltung stehen, keinen Organisationen, die sich antisemitisch äußern oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen, zur Verfügung zu stellen". Die Bundesregierung wird aufgefordert, "keine Veranstaltungen der BDS-Bewegung oder von Gruppierungen, die deren Ziele aktiv verfolgen, zu unterstützen." Zudem soll die finanzielle Förderung von Organisationen und Projekten, die zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Bewegung unterstützen, ausgeschlossen werden. Länder, Städte und Gemeinden werden aufgefordert, sich dieser Haltung anzuschließen. [4]

Was bislang in einzelnen Städten und Gemeinden praktiziert wurde, wird nun vom Bundestag de facto landesweit verfügt. Im Gleichschritt mit der israelischen Regierung, die alle Hebel in Bewegung setzt, um die BDS-Kampagne international in Verruf zu bringen und zu ächten, werden auch in Deutschland Stimmen zum Schweigen gebracht, die Menschenrechte in Israel und Palästina thematisieren. Das ist nicht nur ein weiterer massiver Schlag gegen die drangsalierten palästinensischen Anliegen, sondern zugleich ein Bärendienst am unverzichtbaren Eintreten gegen Antisemitismus in Deutschland, das sich mit repressiven Einschnitten in die Meinungsfreiheit und einer staatlich verordneten Denkkontrolle ganz gewiß nicht befördern läßt.

Anmerkungen:

[1] www.faktenfinder.tagesschau.de/inland/bds-israel-101.html

[2] www.bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/

[3] www.spiegel.de/politik/deutschland/israel-streit-um-anti-bds-beschluss-im-bundestag-a-1267584.html

[4] www.taz.de/Kommentar-BDS/!5592923/

http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/prop1511.html

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...

http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html

Homo-, Trans- und Inter-Phobie - Machtspielfeld Sex ...

(SB) 16. Mai 2019 - Seit die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 17. Mai 1990 beschloß, Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel für Krankheiten zu streichen, wird an diesem Tag in aller Welt gegen Homophobie und die Diskriminierung anderer geschlechtlicher Orientierungen protestiert. In der Bundesrepublik als Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- & Trans*phobie (IDAHoBIT*) proklamiert soll mit Aktionen aller Art darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Feindseligkeit gegenüber nicht heterosexuell und nicht geschlechtlich binär orientierten Menschen nach wie vor groß ist. Nimmt man nicht die wenigen Gesellschaften zum Maßstab, in denen geschlechtliche Diversität weitgehend akzeptiert erscheint, dann steigt die Zahl der Fälle von Diskriminierung aller Menschen, die nicht auf heteronormative Weise leben, sogar weltweit an.

Das hat zweifellos mit dem Vormarsch der Neuen Rechten wie der Ausbreitung eines fundamentalistischen Islam zu tun, dessen Einfluß in einigen Staaten dafür gesorgt hat, daß Homosexuelle für ihr vermeintliches Vergehen mit dem Tode bestraft werden können. Der in der Neuen Rechten ausgeprägte Hang zu biologistischen und kulturalistischen Konzeptionen wie denen des "ethnischen Nationalismus" oder des "Volkskörpers" betrifft auch die zweigeschlechtliche Kleinfamilie, die als "natürliche" Norm gesellschaftlicher Reproduktion gegen Abweichungen aller Art zu verteidigen sei. Was im weitesten Sinn als Folge der Krise des Kapitals und der Unfähigkeit der demokratischen Systeme, daraus emanzipatorische Schlüsse zu ziehen, verstanden werden kann, wird in der Rückbesinnung auf patriarchale Formen gesellschaftlicher und sozialer Ordnung manifest.

So grassiert in der Neuen Rechten ein aggressiver Antifeminismus [1], der mit der Anprangerung des "Genderwahns" versucht, auf breiter Ebene in der Bevölkerung anschlußfähig zu werden. Das Emanzipationsstreben von Frauen ist für die Neue Rechte ohnehin ein zentrales Angriffsziel, um so vehementer wird - Ausnahmen in den eigenen Reihen bestätigen die Regel - gegen eine geschlechtliche Diversität vorgegangen, die das traditionelle Ehe- und Familienmodell als Keimzelle gesellschaftlicher Reproduktion in Frage stellt. Schwule und Lesben, Trans- und Inter-Menschen und natürlich Frauen sind in Ländern, die von faschistischen Politikern regiert und von christlich-fundamentalistischen wie islamistischen Moralprinzipien bestimmt werden, akut gefährdet, vergewaltigt, gefoltert und ermordet zu werden. Diese Entwicklung ist heute in vielen Teilen der Welt anzutreffen, wo es nach einer Phase relativer Liberalisierung krisenbedingt zu einem Rollback der extremen Rechten gekommen ist.

Lediglich für rechtliche Gleichstellung einzutreten und sich über einen schwulen Gesundheitsminister zu freuen, der das Abtreibungsverbot stärkt, oder die erste Trans-Befehlshaberin der Bundeswehr als Errungenschaft zu feiern, bleibt allerdings weit hinter den Möglichkeiten zurück, diese Form sozialer Feindseligkeit zum Anlaß einer universalen Emanzipationsbewegung zu nehmen. Die Überwindung anderer Unterdrückungsformen als derjenigen, die einen selbst betrifft, ist aus vielerlei Gründen von eminenter Bedeutung. Wenn die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer einen Witz auf Kosten von Inter-Menschen macht und sich gegen die Ehe für alle positioniert, dann korrespondiert diese Haltung ganz offen mit der Befürwortung autoritärer Staatlichkeit, der Abwehr von MigrantInnen und einer Wirtschaftsdoktrin, für die es Probleme wie den Klimawandel nicht zu geben scheint. Es ist kein Zufall, wenn in der Neuen Rechten Nationalchauvinismus, antimuslimischer Rassismus und Antifeminismus mit der Leugnung des Klimawandels, dem Kampf gegen den sogenannten Kulturmarxismus und der Abwehr diverser Geschlechterorientierungen Hand in Hand gehen.

Zentrales Bindeglied ist eine patriarchale Grundorientierung, für die Gott ein Mann ist, der Vater das Sagen in der Familie hat und die koloniale Eroberung der Welt wie die sexuelle Unterwerfung

der Frau als Vorrecht weißer Maskulinität in Anspruch genommen wird. Männer, die sich dem Konsens maskuliner Dominanz versagen, werden mit homophob konnotiertem Vokabular als "Weicheier", "Warmduscher", "Sitzpinkler" oder "Schwanzlutscher" niedergemacht. Kleidung in der Farbe Rosa gilt als unmännlich, ihr zwangsweise verordnetes Tragen wurde in einem US-Knast sogar als Disziplinarstrafe vollzogen. Der ehemalige AfD-Politiker André Poggenburg beschimpfte 2018 parteiinterne Kritiker als "Jammerlappen" und "Distanzierungs-Muschi", der Führer des rechten Flügels in der AfD, Björn Höcke, klagt, Deutschland habe "seine Männlichkeit verloren", und spätestens seit Amtsantritt Donald Trumps und dem Aufstieg rechter Demagogen wie Steve Bannon kann in den USA von einer regelrechten "Pornifizierung" der Politik gesprochen werden [2]. Die AfD-Aussteigerin Franziska Schreiber hat in ihrem Buch Inside AfD [3] ausführlich dargestellt, wie wichtig die Abwehr progressiver Geschlechterpolitiken für ihre ehemalige Partei ist. Mit einem Frauenanteil von etwa 20 Prozent, der Verankerung im männerbündischen Umfeld studentischer Burschenschaften und einem Verständnis von Frauenrechten, das auf die Bezichtigung muslimischer Männer als notorische Vergewaltiger weißer Frauen unter Ausblendung der Tatsache reduziert ist, daß sexuelle Gewalt vor allem in Ehe und Partnerschaft stattfindet, gehört patriarchale Dominanz praktisch zum ideologischen Kern der AfD.

In neurechten Kontexten wie der nach rechts gerückten bürgerlichen Mitte werden an und für sich wertfreie Begriffe wie "schwul", "Mädchen", "Opfer", "behindert" als auch der berüchtigte "Gutmensch" [4] heute als Schimpfwort verwendet oder zumindest empfunden. Angegriffen wird damit alles, was schwach erscheint oder sich für die Rechte von Schwachen stark macht. In der sozialdarwinistischen Hackordnung kommt nur nach oben und bleibt dort, wer vor Grausamkeit und Brutalität nicht zurückschreckt, was wiederum als maskulines Ideal verabsolutiert wird. Schwule, Lesben, Trans- und Inter-Personen, nonbinäre oder anderweitig nicht heteroorientierte Menschen haben es auf der Stufenleiter, auf der nur vorankommt, wer nach unten tritt und nach oben dienert, zumindest dann schwer, wenn sie sich patriarchaler Logik konsequent widersetzen.

Frühe Aufbrüche und späte Einsichten

"Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt" hat Rosa von Praunheim 1971 seinen legendären Film zum Aufbruch der emanzipatorischen Schwulenbewegung getitelt. Zielsicher legte sein Drehbuchautor Martin Dannecker den Finger in die Wunde eines herrschaftsopportunen Anpassungstrebens unter den Männern, deren gleichgeschlechtliche Sexualität seit September 1969 entkriminalisiert war, die aber dennoch unter gesellschaftlicher Ächtung zu leiden hatten: "Da die Schwulen vom Spießer als krank und minderwertig verachtet werden, versuchen sie noch spießiger zu werden, um ihr Schuldgefühl abzutragen mit einem Übermaß an bürgerlichen Tugenden. Sie sind politisch passiv und verhalten sich konservativ als Dank dafür, daß sie nicht totgeschlagen werden" [5]. Heute können Schwule ein Eheverhältnis eingehen und damit das Versprechen bürgerlichen Glückes ganz legal für sich in Anspruch nehmen [6]. Um rückstandslos in der unterstellten Normalität der Gesellschaft aufzugehen, bedarf es jedoch weiterhin der Unterwerfung unter ihre patriarchale Ausrichtung, also der Reproduktion von Herrschaftsverhältnissen, die das Problem der Feindseligkeit gegenüber all denjenigen hervorbringen, die von dieser Normalität abweichen.

Der Vordenker der linken Schwulenbewegung in Frankreich, Guy Hocquenghem, war schon vor 50 Jahren der Ansicht, daß die Homosexualität nicht von Schwulen, sondern der homophoben Gesellschaft erfunden wurde. Als Mitglied der Front Homosexuel d'Action Révolutionnaire (FHAR), die 1971 erstmals mit einem eigenen schwullesbischen Block auf der Demonstration zum 1. Mai in Paris mitmarschierte, und Autor des 1972 veröffentlichten Klassikers Le Désir Homosexuel, auf deutsch 1974 als Das homosexuelle Verlangen erschienen, wurde Hocquenghem zu einem gefeierten wie geschmähten Star der schwulen Bewegung Frankreichs. Für beides war die gesellschaftlich hegemoniale Homophobie verantwortlich, deren Angriffsziel er selbst als Identitätsangebot ablehnte, weil er gar nicht davon ausging, daß gleichgeschlechtliches Verlangen ein exklusives Merkmal bestimmter Gruppen sei.

Für Hocquenghem erleben grundsätzlich alle Menschen, ob sie es bewußt wahrnehmen oder nicht, gleichgeschlechtliche wie heterosexuelle Gefühle. Sie werden auf vielerlei, geschlechtlich unspezifische Weise im Bedürfnis nach Nähe und Schutz, in der Anziehung durch bestimmte Körperteile und -formen, der Attraktivität bestimmter Gerüche und des Bedürfnisses nach Hautkontakt und Berührung manifest. Für den von Jean-Paul Sartre geschätzten, 1988 verstorbenen Autoren waren Begriffe wie Homo- oder Heterosexualität so abstrakt und verallgemeinernd, daß für ihn niemand pauschal homo- oder heterosexuell sein konnte. So unterschied er sexuelles Verlangen, das viele Ziele haben und durch spezifische Schlüsselreize ausgelöst werden kann, von Freundschaft und Liebe als ein Verhältnis zu ganz bestimmten Menschen. Letztlich galten ihm Homosexualität und Heterosexualität als imaginäre Kategorien, die im Strom des Verlangens untergehen ebenso wie die Schuldhaftigkeit einer Moral, die die Freiheit dieser Kraft zu regulieren versucht und nicht umsonst als Domäne der Religion und des Staates dazu verwendet wird, mißliebiges, die herrschende Ordnung unterminierendes Verhalten zu unterdrücken.

Im Wechselspiel von Sex und Gender Klassenverhältnisse vergessen

Für den Sexualwissenschaftler und Queer-Theoretiker Heinz-Jürgen Voß ist Guy Hocquenghem ein Vordenker der von ihm vertretenen Position, daß die Geschlechtlichkeit des Menschen nicht auf zwei komplementäre, als biologisch gegeben unterstellte Formen zu reduzieren sei, sondern in einer letztlich unendlichen Vielfalt manifest werde. Für den Herausgeber des Buches Die Idee der Homosexualität musikalisieren: Zur Aktualität von Guy Hocquenghem eröffnete dieser, wie Voß bei einer Buchvorstellung auf den 16. Linken Buchtagen Berlin im Juni 2018 ausführte, einen frühen Zugang zum Konzept der Intersektionalität, also der Verschränkung verschiedener Diskriminierungsformen etwa des Rassismus, Sexismus, der Behindertenfeindlichkeit oder des Antisemitismus. Das Streben des Schwulen nach gesellschaftlicher Anerkennung sieht Voß durchaus kritisch, kann der Status des respektablen Bürgers doch virulente Formen der Ausgrenzung und Feindseligkeit stärken, die in der gesellschaftlichen Delinquenz der Homosexualität keinen Platz finden, weil Randständige und Ausgestoßene mehr Gründe haben, solidarisch zu handeln, als die Kette der Erniedrigung ad infinitum fortzusetzen.

So, wie die gesellschaftliche Integration sogenannter Ausländer auch die Aufgabe einer schwer zu kontrollierenden Randständigkeit im Tausch gegen die Unterwerfung unter den disziplinierenden Zwang der Lohnabhängigkeit bezweckt, kann die Normalisierung des Schwul- oder Queerseins in Ausschließungsmanöver münden, aus denen als neues Feindbild der linksautonome Chaot, der islamistische Fanatiker, die nichtweiße MigrantIn oder eben der HIV-positive, weil promisk lebende Schwule ersteht. Der der Heteronormalisierung implizite Zwang, andere Lebensweisen nur dann anzuerkennen, wenn sie sich normativ angleichen und in eheähnlichen, ökonomisch abgesicherten Zweierbeziehungen resultieren, verstärkt die Ausgrenzung all jener, die wechselnde GeschlechtspartnerInnen bevorzugen, in sinistren Subkulturen zu Hause sind, illegale Drogen konsumieren und sich insgesamt einer Sozialkontrolle entziehen, die nicht zuletzt über das zugeordnete Geschlecht und den eingetragenen Familienstand vollzogen wird.

Aus dem staatlichen Anspruch auf umfassende Sozialkontrolle erklärt sich auch das Insistieren auf die medizinische Legitimation, ohne die sich kein Eintrag als drittes oder anderes Geschlecht ins Personenstandregister vornehmen läßt. Zu den offiziellen Gründen für die Notwendigkeit, dem Staat gegenüber überhaupt eine Angabe zum Geschlecht zu machen, werden in einer Stellungnahme des Deutschen Ethikrates folgende Zwecke aufgelistet: "die genauere Identifizierbarkeit des Menschen, statistische Erhebungen für staatliche Planungen, die Einhaltung internationaler Standards, die Erkennbarkeit von Rechten und Pflichten der Staatsbürger wie die Wehrpflicht, die Identifizierung des Geschlechts für das Eingehen einer Ehe oder Lebenspartnerschaft, sicherheitspolizeiliche bzw. ordnungspolitische Interessen und die Chancengleichheit im Sport" [7].

So, wie Sex als biologisches Geschlecht für die Belange des administrativen Kommandos unverzichtbar zu sein scheint und der bestimmenden Gewalt medizinischer Urteilskraft unterstellt wird,

so wird versucht, dem Konzept Gender als soziales Geschlecht so wenig Gültigkeit wie möglich zuzugestehen. Zu unbeherrschbar erscheint ein Anspruch auf geschlechtliche Autonomie, dem letztlich keine Grenzen gesetzt sind, so daß es konsequenterweise dem einzelnen Menschen überlassen bleiben sollte, diese kategorial zu benennen oder gänzlich zu negieren. Geschlechterfragen sind hochpolitischer Zündstoff für die Verwaltung der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, sie begründen den Anspruch auf Unterwerfung unter ihre Definitionsmacht ebenso wie die potentielle Überwindung der durch sie fungierenden Fremdbestimmung. Der Entgrenzung und Verflüssigung aller Kategorien, mit denen das einzelne Marktsubjekt dingfest gemacht werden soll, hält der staatliche Kontrollanspruch absehbar nicht stand, was auch die starke Abneigung der staatsautoritären Rechten gegen die Aufhebung vertrauter Geschlechterkategorien erklärt.

Für Voß gehen Homosexuelle ununterscheidbar in der heteronormativen Gesellschaft auf, nicht weil sie ihr Geheimnis besser verbergen, sondern weil sie in Körper und Seele uniform werden, weil sie das schmutzige Ghetto der im Sinne offensiven Schwulseins selbstbewußt in Anspruch genommenen Andersartigkeit gegen die saubere, distinktionssichere Bürgerlichkeit ihrer Klasse eintauschen. Dort finden sie, ganz wie im heterosexuellen Normalfall, einen festen Partner und befriedigen die Lust am gelegentliche Abenteuer mit sogenannten Seitensprüngen, die allerdings nicht mehr in die nun als abseitig verworfene Welt der dunklen Ecken und Klappen führt.

Entscheidend für die herrschaftstechnische Verläßlichkeit der offiziellen Homosexualität ist die Trennung von all jenen, die als Opfer kapitalistischer Ausbeutung, urbaner Gentrifizierung oder rassistischer Diskriminierung auf der Strecke gehobener Bürgerlichkeit bleiben. Erst wenn dies vollzogen ist, stehen höchste Ämter offen und findet eine Alice Weidel einen Platz an der Spitze der AfD. In der kapitalistischen Klassengesellschaft bleiben die besseren Kreise unter sich, das gilt für die darin zuguterletzt angekommenen Schwulen und Lesben nicht minder als die RepräsentantInnen einer Liberalität, die sich damit schmückt, divers zu sein, auch weil Klassenantagonismen damit noch unsichtbarer gemacht werden, als es unter dem Ansturm neurechter Ideologeme ohnehin der Fall ist.

Anmerkungen:

[1] http://www.schattenblick.de/infopool/d-brille/report/dbrb0078.html

[2] https://www.deutschlandfunkkultur.de/essay-wie-trump-und-die-alt-right-bewegung-politik.976.de.html?dram:article_id=438427

[3] http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar697.html

[4] http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/prop1499.html

[5] https://www.jungewelt.de/artikel/146283.normalität-ist-eine-illusion.html

[6] http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1021.html

[7] http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1024.html

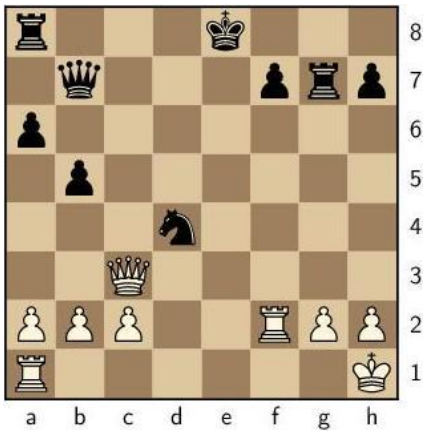
http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/sele1036.html

SCHACH - SPHINX

Hackfleisch oder Knochen?

(SB) Der amerikanische Groß- und einstige Weltmeister Bobby Fischer pflegte gegen die Najdorf-Variante der Sizilianischen Verteidigung gerne 6.Lf1- c4 zu spielen. Er wird mit ihr in einem so engen Zusammenhang gebracht, daß es eigentlich wundernimmt, daß sie nicht längst seinen Namen erhalten hat. Interessanterweise nämlich blühte der Läuferzug zu Fischers aktiver Zeit enorm auf, wurde nach dem Ende seiner Profi- Karriere jedoch sehr vom Zug 6.Lc1-g5 verdrängt. Ein Beweis mehr, wie sehr Varianten und Karrieren zusammengehören. Im heutigen Rätsel der Sphinx hatte sich der ungarische Großmeister Ribli gegen den Bulgaren Inkiov zu erwehren, der auf Fischers Spuren wandelte. Der Ungar stand vor einer Entscheidungsfrage. Sollte er den bedrohten Springer mit 1...Ta8-d8 decken oder vielleicht doch zu 1...Sd4-e6 greifen? Einer der beiden Züge führt zur Mattniederlage, der andere zum materiellen Gewinn. Wie so oft im Leben muß die genaue Kenntnis der Umstände und beteiligten Kräfte

durch den Fleischwolf gedreht werden. Hackfleisch oder Knochen? das ist hier die Frage, Wanderer.



Inkiov - Ribli
Tilburg 1983

Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Offenbar hatte unser Fernschachfreund die Gefahr für seinen König nicht erkannt, als er zu 1...Tg8-g6? griff. Sein Kontrahent war da aufgeweckter und nach 2.Le4xf5 Te8xe1 3.Tg1xe1 Kf6xf5 4.Te1-e7 Tg6-h6 5.Sc3-e4 Th6-h2 6.Te7-e6! gewann er die Partie. Das Matt ließ sich mit vernünftigen Mitteln nicht mehr verhindern.

http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06929.html

Täglich eine neue Schach-Sphinx unter:
http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Argentinien

"Wer behauptet, Taser seien keine tödlichen Waffen, hat Unrecht!"

von CORREPI

(Buenos Aires, 7. Mai 2019, CORREPI/poonal) - Ismael Jalil, Anwalt und Aktivist der Initiative gegen Staats- und Polizeigewalt CORREPI (Coordinadora Contra la Represión Policial e Institucional), nahm in einem Interview mit der Nachrichtenagentur RT Stellung zum Einsatz von Tasern durch die argentinische Bundespolizei. Taser sind Elektroschockpistolen von der US-amerikanischen Firma Axon, die Zielpersonen aus der Distanz bewegungsunfähig machen sollen.

Die Sicherheitsministerin Patricia Bullrich hat eine Resolution unterzeichnet, die den Einsatz elektronischer, angeblich nicht-tödlicher Waffen durch die Bundespolizei legitimiert. Ismael Jalil erklärte dazu: "Es stimmt nicht, dass es sich hierbei um eine nicht-tödliche Waffe handelt." Er verweist darauf, dass der Lehrer Carlos Fuentealba bei Protesten auch durch eine vermeintlich nicht-tödliche Waffe, eine Tränengasgranate, getötet wurde und weiter: "Das gleiche kann auch mit einem Taser passieren. Für Schwangere, Menschen mit Herzproblemen oder neurologischen Einschränkungen und Minderjährige kann ein Taser-Angriff tödlich ausgehen", so Jalil.

Zu welchem Zweck werden Taser eingesetzt?

Zur Verwendung von Tasern durch die Bundespolizei erklärte Ismael: "Laut Dekret darf die Polizei in Situationen 'akuter Gefahr' vom Taser Gebrauch machen. Das bedeutet, der Polizist entscheidet selbst, was unter 'akuter Gefahr' zu verstehen ist. Er entscheidet darüber genauso subjektiv wie über den Schusswaffengebrauch, der immerhin schon - das muss man sich mal vorstellen - über 6500 Menschen das Leben gekostet hat. Mit den Tasern werden die Möglichkeiten zur Tötung von Menschen erweitert; in keinem Fall bedeutet ihre Verwendung ein Rückgang der Drangsalierung unserer Bevölkerung." Und er fügt hinzu: "Die Maxime der argentinischen Sicherheitskräfte, insbesondere unter der derzeitigen Regierung, ist nicht etwa, soziale Spannungen nach dem Prinzip der Gleichheit und des Schutzes von menschlichem Leben zu bekämpfen, seien dies nun Argentinier*innen oder Immigrant*innen, sondern es geht ihnen vor allem darum, gegen die Armen und die Protestierenden vorzugehen."

Stärkung des Repressionsapparats

Abschließend bemerkte er: "Was uns wirklich zu denken geben sollte: In den Zeiten der aktuellen Krise, die zu einer der kolossalsten der Geschichte dieses Landes zählt, in der die Menschen Hunger leiden, Menschen auf der Straße schlafen, in der es der Bevölkerung am Nötigsten fehlt, gibt es immer noch Mittel, um den Repressionsapparat aufzurüsten."

Mehr über den Einsatz von Elektroschockpistolen (wikipedia):
https://de.wikipedia.org/wiki/Elektroschockpistole

URL des Artikels:
https://www.npla.de/poonal/werbehauptet-taser-seien-keine-toedlichen-waffen-hat-unrecht/

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

*

Quelle:
poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.
Köpenicker Straße 187/188
10997 Berlin
Telefon: 030/789 913 61
E-Mail: poonal@npla.de
Internet: http://www.npla.de

http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0385.html

UMWELT / MEINUNGEN

Müll - Schiebenot ...

(SB) 16. Mai 2019 - Fast alle Staaten der Vereinten Nationen haben ein Abkommen zur Exportbeschränkung von Plastikmüll vereinbart. Der größte Plastikmüllexporteur der Welt, die USA, gehört nicht dazu. Seitdem China keinen Plastikmüll aus dem Ausland mehr aufnimmt, haben die reichen Hochkonsumländer Verträge mit einzelnen Dörfern vorzugsweise in Südostasien zur Aufnahme des Mülls vereinbart. An den Rändern dieser Dörfer sind binnen eines Jahres riesige Müllhalden entstanden. Dem wird nun ein Riegel vorgeschoben. Die betroffenen Staaten haben die Möglichkeit, die Aufnahme des Mülls aus anderen Ländern zu verhindern.

So unterstützenswert diese Vereinbarung auch ist, stellt sich die Frage, auf was sie in der Praxis hinausläuft. Werden sich die Müllberge, nunmehr staatlich angeordnet, weiterhin am Rande von Dörfern - wenngleich in anderen Ländern - auftürmen, nur daß diesmal deren Bewohnerinnen und Bewohner nicht einmal mehr ein Einkommen davon haben?

Ab dem 1. Januar 2018 war in China, bis dahin Plastikmüllabladeplatz Nummer eins für die Industriestaaten, die Einfuhr von 24 verschiedenen Recyclingmaterialien verboten. Da sich am Müllaufkommen in den USA und anderen Staaten, die bislang das Reich des Mülls in Anspruch genommen haben, nichts geändert hat, haben sich seitdem bei ihnen selbst die Abfallberge gehäuft. Aber nicht nur dort. Auch in manchen Dörfern in Malaysia, Indonesien und Thailand türmten sich seitdem riesige Müllberge, berichtete Claire Arkin, Sprecherin von GAIA (Global Alliance for Incinerator Alternatives), eines weltweiten Zusammenschlusses von Initiativen, die sich für Alternativen zur Müllverbrennung einsetzen, laut der britischen Zeitung "The Guardian". [1]

Nun haben sich die Unterzeichnerstaaten des Basler Abkommens auf eine Vereinbarung zum Umgang mit dem Im- und Export von Plastikmüll, der aufgrund seiner Zusammensetzung bzw. von Verunreinigungen schwer wiederzuverwerten ist, geeinigt. Damit wird verhindert, daß Müll auf privatwirtschaftlicher Basis und ohne daß die Behörden der Empfängerländer die Kontrolle über das problematische Material haben, von den reichen in den armen Ländern "entsorgt" wird. Das von Norwegen initiierte neue Abkommen ist ein Zusatzprotokoll (Amendment) zum "Basler Abkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung" und gilt als rechtsverbindlich. Damit wird der Plastikmüll ebenfalls als Stoff deklariert, der einer besonderen Prüfung bedarf, was angemessen ist angesichts der teils toxischen Substanzen, Verbundmaterialien und der vielfältigen Zerfalls- und Reaktionsprodukte des Plastikmülls.

Weil die USA das von 187 Staaten beschlossene Basler Abkommen nicht ratifiziert haben, gilt für sie auch nicht die nun beschlossene Vereinbarung. Allerdings wird es nun nicht mehr so einfach möglich sein, den Müll woanders abzuladen. In Entwicklungsländern, die der Basler Konvention beigetreten und nicht Mitglied der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) sind, darf laut dem "Guardian" nach Inkrafttreten des Amendments in voraussichtlich einem Jahr kein Plastikmüll abgeladen werden.

Für andere Länder wie beispielsweise das OECD-Mitglied Türkei mag es weiterhin attraktiv sein, im Austausch für Devisen Landflächen anzubieten, auf denen der Müll gelagert werden kann. Sollten die Gebiete in der Nähe des Meeres liegen oder gar auf flachen, unbewohnten Inseln, bestünde die zusätzliche Gefahr einer "natürlichen" Entsorgung beim nächsten Hochwasser ...

Vielleicht wird das neue Abkommen noch keinen Rückschlageffekt auf die Menge und Art der Plastikproduktion haben, die das eigentliche Problem darstellen, aber ohne ein solches Vertragswerk würde sich eine Praxis verstetigen, die dazu beigetragen hat, daß sich von Mikro- bis Makrogröße am tiefsten und am höchsten Punkt der Erde und auf sämtlichen Höhenstufen dazwischen Plastik wiederfinden läßt. Plastikpartikel werden über große Strecken vom Wind bewegt, Einweggeschirr, Verpackungen, Gummistiefel und die vielen, vielen aus fossilen Rohstoffen hergestellten Plastikteile landen über Flüsse im Meer und werden in riesigen Müllstrudeln zusammengetrieben. Auch Strände, Äcker, Meeresboden, alles ist verseucht. Meeressäuger, Fische, Schildkröten und Vögel, aber auch Kleinstlebewesen, die Basis der Nahrungskette sind, verenden an verschlucktem, unverdaulichem Plastikmüll.

An dieser Katastrophenentwicklung im Gewand der vermeintlich praktischen Plastikprodukte sind keineswegs nur die USA beteiligt. Beispielsweise exportiert Deutschland über eine Million Tonnen und damit ein Sechstel seines Plastikmülls pro Jahr ins Ausland, bisher vorzugsweise nach Südostasien. Aber auch Indien, Vietnam und die Türkei sind Abnehmer des Mülls.

Der Eindruck, daß Industriestaaten wie USA, Japan und Deutschland ihre gewaltigen Müllmengen stets nur durch die Hintertür in anderen Ländern abladen konnten, wäre ein Irrtum. Der Export fand sowohl auf legalen als auch illegalen Wegen statt - wobei die Geschäfte mit einzelnen Dörfern nicht verboten waren - und könnte auch in Zukunft ausgerechnet durch das Amendment zum Basler Abkommen legalisiert werden. Selbstverständlich sollte das Problem bei der Wurzel gepackt werden. Genauer gesagt, bei den Wurzeln, denn auch wenn von Konsumentscheidungen gegen Plastikmüll, so sie massenhaft getroffen werden, eine Lenkungswirkung ausgehen kann, kommt beispielsweise mindestens die Hälfte des aus Plastik hergestellten Verpackungsmaterials gar nicht bei den einzelnen Haushalten an, sondern wird bei der Produktion und auf der Lieferkette verwendet.

Darüber hinaus betreiben die USA gegenwärtig eine Überproduktion an Fracking-Erdgas und haben sich deswegen darauf verlegt, aus dem Erdgas Plastikpellets als Rohstoff für die Plastikindustrie herzustellen. Auch die Europäische Union, die lieber das besonders klima- und umweltschädliche Fracking-Erdgas aus Nordamerika als das nicht ganz so schädliche Pipeline-Erdgas aus Rußland kauft, steigt in die Plastikpelletproduktion ein. Solange Steuergelder aus den EU-Mitgliedsländern in die Subventionierung von Fabriken für Plastikpellets und den Aufbau einer Infrastruktur für das Anlanden von verflüssigtem Erdgas aus den USA ausgegeben werden, kann das individuelle Konsumverhalten nur wenig ausrichten.

Anmerkungen:

[1] https://www.theguardian.com/environment/2019/may/10/nearly-all-the-worlds-countries-sign-plastic-waste-deal-except-us

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/meinung/umme-299.html

Täglich Umweltdaten zu der Luftbelastung in den Bundesländern siehe unter:

http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ip_umwelt_umweltd_luft-ba.shtml
bis
http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/ip_umwelt_umweltd_luft-th.shtml

Schattenblick

Informativ, sozial- und umweltkritisch, engagiert

Seit 2013 auch als Wochendruckausgabe
mit Berichten, Reportagen, Kommentaren und Interviews der **Schattenblick-Redaktion**, der **internationalen Nachrichtenagentur Pressenza** und des **Pressedienstes poonal** mit kritischen Analysen und Hintergründen aus aller Welt.

Einzelpreis: € 8,50 inkl. Versandkosten.
Abonnementpreis für vier aufeinander folgende Ausgaben:
€ 28,- inkl. Versandkosten

Für eine Bestellung ist der Preis auf das unten angegebene Konto zu überweisen. Bei Fortsetzungswunsch des Abonnements ist dieser sieben Tage vor Ablauf der ersten Abo-Bestellung mit jeweils € 28,- fortgesetzter Überweisung für die entsprechenden nächsten Ausgaben zu bestätigen. Bleibt eine Bestätigung während dieses Zeitraums aus, gilt das Abonnement als fristgemäß gekündigt. Bei einer Einzelbestellung muß die Einzahlung ebenfalls sieben Tage vor Erhalt getätigt worden sein.

Bestellung unter:
MA-Verlag, Commerzbank Heide
IBAN: DE54 2184 0078 0432 8720 00
BIC: COBADEFFXXX

MA-Verlag
Redaktion Schattenblick
Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Telefon: 04837 / 90 26 98
E-Mail: redaktion@schattenblick.de
Internet: www.schattenblick.de

Schattenblick Wochendruckausgabe
– fassen, lesen und begreifen –

_____I n h a l t_____Ausgabe 2922 / Freitag, den 17. Mai 2019____

1 POLITIK - REDAKTION: Jemen - US-Kriegsabsichten Nahost ...
3 POLITIK - KOMMENTAR: Berlin - Israels parlamentarischer Hebel ...
6 POLITIK - KOMMENTAR: Homo-, Trans- und Inter-Phobie - Machtspielfeld Sex ...
10 REPRESSION - FAKTEN: Argentinien -
"Wer behauptet, Taser seien keine tödlichen Waffen, hat Unrecht!" (poonal)
11 UMWELT - MEINUNGEN: Müll - Schiebenot ...
13 SCHACH-SPHINX: Hackfleisch oder Knochen?
14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 17. Mai 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 17. Mai 2019

+++ Vorhersage für den 17.05.2019 bis zum 18.05.2019 +++

© 2019 by Schattenblick

Ein leichter Wind,
wo bis zum späten Morgen
auch Wolken sind,
hält sich Jean-Luc verborgen.

IMPRESSUM **Elektronische Zeitung Schattenblick**

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwurth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.